

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 27 (2000)
Heft: 6

Artikel: 4. März 2001 : die Europapolitik auf dem Prüfstand
Autor: Tschanz, Pierre-André
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-911559>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Europapolitik auf dem Prüf

Bei den nächsten eidgenössischen Abstimmungen wird der Souverän über drei Volksinitiativen befinden. Im Zentrum der Debatte steht die Schweizer Europapolitik mit der Initiative «Ja zu Europa!». Ausserdem hat das Stimmvolk über einen Vorschlag zur Einführung von Tempo 30 innerorts und eine Initiative für die Senkung der Arzneimittelpreise in der Schweiz abzustimmen.

VON PIERRE-ANDRÉ TSCHANZ

Die Volksinitiative «Ja zu Europa!» ist klar und einfach. Sie verlangt, dass die Schweiz «ohne Verzug» Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union (EU) aufnimmt. Anfang 1995 von fünf proeuropäischen Bewegungen lanciert, die sich in der Folge zusammenschlossen, wurde sie ein Jahr darauf mit 122 000 gültigen Unterschriften eingereicht.

«Ja zu Europa!» – eine heikle Angelegenheit

Um diese Volksinitiative in den richtigen Zusammenhang zu stellen, muss an die entscheidenden Momente der schweizerischen Europapolitik erinnert werden. Mai 1992: Der Bundesrat fordert die Eröffnung von Verhandlungen im Hinblick auf den Beitritt zur EU. 6. Dezember 1992: Das Volk lehnt an einer eidgenössischen Abstimmung die Beteiligung der Schweiz am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ab. Der Bundesrat legt infolgedessen das Beitrittsgesuch auf Eis. Er macht aber den vollumfänglichen Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union zum «strategischen Ziel» seiner Eu-



Foto: Bildagentur Baumann

Die mythologischen Elemente werden auch dieses Mal den Abstimmungskampf über das Verhältnis der Schweiz zur EU mitprägen.

ropapolitik und möchte mit Brüssel über eine Ausweitung der Freihandelsabkommen von 1972 verhandeln. Nach mehreren Jahren Funkstille beginnen die bilateralen Verhandlungen auf sieben Gebieten; am 21. Mai 2000 stimmt das Schweizer Volk den sektoriellen Abkommen zu.

Die erwähnte Volksinitiative verfolgt ein doppeltes Ziel: Sie will die proeuropäische Politik der Landesregierung stützen und Druck ausüben, um die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen in Gang zu bringen. Auch wenn sich der Bundesrat über die Unterstützung der jungen Europabefürwörter freut, wird er durch ihre Initiative in Verlegenheit gebracht, vor allem wegen ihrer Forderung nach unverzüglicher Aufnahme von Verhandlungen mit Brüssel. Die Aussenpolitik liegt in der Zuständigkeit des Bundesrats, und dieser will sich den geeigneten Moment zur Reaktivierung des Beitrittsgesuchs vorbehalten.

Die Landesregierung plädiert folglich für den Rückzug der Volksinitiative. Auch das Parlament sucht nach geeigneten Mitteln, um eine eidgenössische Abstimmung über die Initiative zu vermeiden. Man denkt an einen Bundeserlass, der die europapolitischen Optionen des Bundesrats bekräftigt,

diesem aber die Wahl des geeigneten Augenblicks für die Aufnahme von Verhandlungen überlässt. Im Nationalrat sucht man nach Formulierungen, die verhindern sollten, dass die Beitrittsfrage auf die lange Bank geschoben wird. Doch alle diese indirekten Gegenvorschläge scheitern an der ablehnenden Haltung des Ständerats. So beschliessen die Urheber der Initiative schliesslich, an der Initiative festzuhalten und weniger als ein Jahr nach der Annahme der bilateralen Verträge die Europafrage erneut vors Volk zu bringen.

Es ist auch in Erinnerung zu rufen, dass der Souverän am 8. Juni 1997 mit überwältigender Mehrheit eine rechte Volksinitiative verworfen hatte, welche dem Bundesrat verbieten wollte, Beitrittsverhandlungen ohne vorherige Ermächtigung durch Volk und Stände zu eröffnen. Damals hatten Bundesrat und Parlament betont, das Volk solle sich zum Projekt EU-Beitritt äussern können, aber seine Entscheidung in Kenntnis der Sache treffen, also am Ende der Verhandlungen und nicht vorher. Dieses Argument wird nun auch bezüglich der Initiative «Ja zu Europa!» ins Feld geführt: Die Initiative entspricht zwar grundsätzlich dem Willen der Landesregierung, ist aber inso-

stand

fern nicht akzeptabel, als sie der Exekutive den Zeitpunkt zur Reaktivierung des Beitrittsgesuchs diktiert.

Die Initiative «Ja zu Europa!» bringt breite Kreise der Europabefürworter in der Schweiz in Verlegenheit, die davon ausgehen, dass die Mehrheit des Schweizer Volks den Beitritt ablehnt. Sie befürchten, dass eine Ablehnung von den fünfzehn Mitgliedstaaten als erneutes Nein zur Europäischen Union interpretiert würde. Die Gegner des EU-Beitritts haben allen Grund, sich über diese Abstimmung zu freuen, weil sie zu einem fatalen Nein hinsichtlich des strategischen Ziels der bundesrätlichen Europapolitik führen kann.

Tempo 30 innerorts?

Die Volksinitiative «Strassen für alle» stammt aus den Reihen des Verkehrs-Clubs

der Schweiz (VCS). Sie beabsichtigt eine Verbesserung der Verkehrssicherheit in Ortschaften durch die Einführung einer generellen Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h innerorts. Abweichungen von diesem generellen Prinzip sind aber in begründeten Fällen möglich. Die Initiative sieht vor, dass die zuständige Behörde «die Geschwindigkeit auf Hauptstrassen heraufsetzen kann, sofern dies die Sicherheit der Verkehrsteilnehmenden und der Schutz der Anwohnerchaft namentlich vor Lärm zulassen».

Die beiden Räte empfehlen die Verwerfung dieser Initiative mit 95 gegen 63 Stimmen im Nationalrat und 32 gegen 9 Stimmen im Ständerat. Die Senkung der Geschwindigkeit innerorts von 50 auf 30 km/h zur Verhütung von Unfällen wäre nur dann sinnvoll, wenn sie von erheblichen baulichen Massnahmen (Begrenzungen, Hindernisse usw.) begleitet wäre, was die Kantone und Gemeinden zwischen einer und zwei Milliarden Franken kosten würde, unterstreichen die Gegner der Initiative (bürgerliche Parteien und Automobilverbände). Eine vom Verkehrsminister Moritz Leuenberger zitierte neue Studie weist darauf hin, dass die Zahl der Unfälle innerorts mit solchen baulichen Massnahmen um die Hälfte reduziert würde, jedoch bei der Einführung von Tempo 30 innerorts ohne Veränderung des Strassennetzes um 40% stiege. Die Befürworter der Initiative (Linke und Grüne) bestreiten diese Folgerungen und stützen sich insbesondere auf die Erfahrungen im österreichischen Graz, wo 1992 auf allen Nebenstrassen versuchsweise Tempo 30 eingeführt wurde. Ein Zusammenstoss bei 30 km/h sei weniger schlimm als bei 50 km/h, lautet ihre Begründung.

Wider die hohen Medikamentenpreise

Die Initiative «für tiefere Arzneimittelpreise» möchte den Preis der in der Schweiz verkauften Medikamente senken. Um dies zu erreichen, schlägt sie zwei Massnahmen vor: einerseits die Öffnung des Schweizermarkts ohne besondere Bewilligung für Medikamente, die in den Nachbarländern zum Verkauf zugelassen sind; andererseits die Verpflichtung zur Abgabe von Generika anstelle

von Originalpräparaten, die von den Krankenkassen nicht mehr übernommen würden.

Bundesrat und Parlament empfehlen die Ablehnung dieser Initiative, die vor etwas mehr als drei Jahren mit 127 000 gültigen Unterschriften unter der Federführung von Denner eingereicht wurde. Der Nationalrat lehnte sie mit 149 gegen 0 Stimmen ab, der Ständerat mit 39 Stimmen, ebenfalls ohne Gegenstimme. Die Gegner der Initiative weisen namentlich darauf hin, dass die Verpflichtung zur Abgabe von Generika «einen schwerwiegenden Eingriff in die therapeutische Freiheit und Verantwortung der Ärzte darstellen würde», wie der Bundesrat in seiner Botschaft an das Parlament festhielt. Gesundheitsministerin Ruth Dreifuss erinnerte zudem an ihre Verhandlungen mit der Pharmaindustrie über die Senkung der Medikamentenpreise, die zu einer jährlichen Entlastung der Krankenkassen um rund 200 Millionen Franken führten.

Eidgenössische Volksabstimmungen

4. März 2001

- Eidgenössische Volksinitiative «Ja zu Europa»
- Eidgenössische Volksinitiative «für tiefere Arzneimittelpreise»
- Eidgenössische Volksinitiative «für mehr Verkehrssicherheit durch Tempo 30 innerorts mit Ausnahmen (Strassen für alle)»

10. Juni 2001

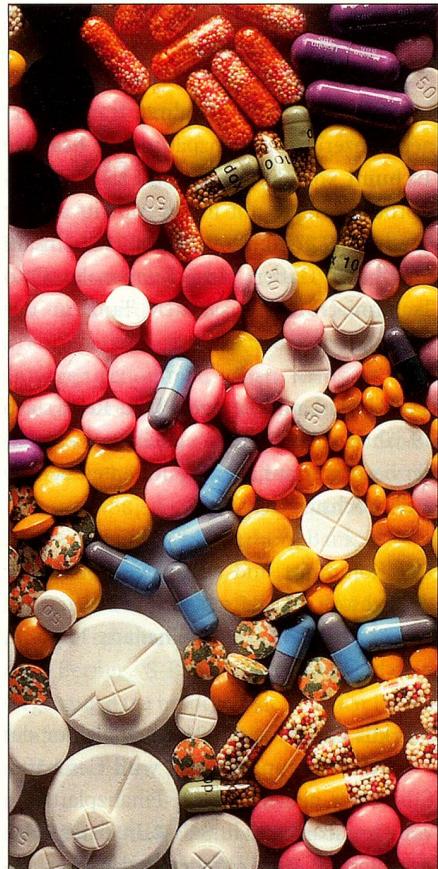
Gegenstände noch nicht festgelegt.

23. September 2001

Gegenstände noch nicht festgelegt.

2. Dezember 2001

Gegenstände noch nicht festgelegt.



Trotz Pillenflut ist das Preisniveau der Medikamente in der Schweiz höher als im Ausland.